

Ministerium: Defizite bei Frauenförderung im Bund

Gesetzliche Regelungen für bundeseigene Unternehmen und Ministerien reichen nicht aus, um Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Heike Anger, Barbara Gillmann
Berlin

In der Politik mehrten sich die Stimmen, auch bundeseigene Unternehmen, Ministerien und Behörden in die Debatte um Frauen in Führungspositionen einzubeziehen. Die bestehenden Gesetze seien unzureichend, räumte gestern das für die Frauenförderung zuständige Bundesfamilienministerium ein.

„Was die Politik für die Wirtschaft fordert, muss selbstverständlich auch für sie selbst gelten“, sagte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht. Hier bestehe ebenso Handlungsbedarf.

Die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex und die Unionsfraktion hatten im Handelsblatt eine Beachtung der Frauenquote auch in bundeseigenen Unternehmen und Ministerien angemahnt. Derzeit gibt es weder bei den Landesbanken noch bei Unternehmen, die teilweise oder vollständig im Besitz des Bundes sind, weibliche Vorstände. In die Aufsichtsräte ziehen die Frauen häufig nur qua Amt ein. Außerdem sind derzeit von 24 beamteten Staatssekretären in den Bundesministerien nur drei weiblich. Laut dem aktuellen Gremienbericht des Bundes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung stieg der Frauenanteil bei Führungspositionen zwar insgesamt zwischen

1999 und 2009 von 19 auf 30 Prozent an. Damit zeige sich aber auch, dass auf den oberen Führungsebenen im Bundesdienst Frauen weiter deutlich unterrepräsentiert seien.

Angesichts der bereits existierenden gesetzlichen Regelungen für den öffentlichen Sektor wie das „Bundesgremienbesetzungsgesetz“ plädierte der Vorsitzende der FDP-Arbeitsgruppe Recht, Marco Buschmann, für effektive Mechanismen: „Wir brauchen intelligentere Ideen als eine Staatssekretärinnenquote.“ Die Forschung zeige, dass es nicht ausreiche, ein paar Frauen an die Spitze zu setzen, mit denen der Rest dann von alleine laufe. Man könne auch fragen, „warum es in den Bundesministerien, die am lautesten nach gesetzlichen Quoten rufen, keine einzige Staatssekretärin gibt.“

Auch die frauenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Monika Lazar, forderte eine Überarbeitung der bestehenden Regelungen, um „Schlupflöcher“ zu schließen. „Wir hoffen, dass die ständige öffentliche Diskussion um den niedrigen Frauenanteil in Deutschlands Chefetagen auch auf den öffentlichen Dienst Eindruck macht“, sagte Lazar. Die zuständige Familienministerin Kristina Schröder (CDU) müsse deutlich mehr Initiative zeigen. Die SPD-Politikerin Lambrecht kritisierte Schröder ebenfalls. Sie verfolge bei der Frauenförderung „Rezepte von gestern.“